

Mittwoch, 5. Oktober 2022 Göttingen

JVA besetzt: Broistedt stellt Ultimatum

„Autonome Stadtverwaltung Göttingen“ verschanzt sich in dem Gebäude am Waageplatz

Von Michael Brakemeier



Die ehemalige JVA am Waageplatz ist besetzt: Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (re.) sucht das Gespräch mit Besetzern und einer Vertreterin des „Sozialen Zentrums“ (l.). foto: Christina Hinzmann

Göttingen. Die ehemalige JVA am Waageplatz ist besetzt. Mitglieder einer Gruppe, die sich „Autonome Stadtverwaltung Göttingen“ nennt, haben sich am späten Montagnachmittag Zutritt zu dem denkmalgeschützten Gebäude in der Göttinger Innenstadt an der Oberen-Masch-Straße verschafft. „Last uns aufbau'n was uns aufbaut. Gegen den Ausverkauf der Stadt – Für ein soziales Zentrum“, ist auf einem Transparent zu lesen, das die Besetzer an der Fassade des städtischen Gebäudes angebracht haben.

Göttingens Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) stellte den Besetzern am Dienstagnachmittag bei einem Vor-Ort-Termin ein Ultimatum. Sie sollen die JVA bis Donnerstag 10 Uhr verlassen, andernfalls, so Broistedt, werde die Stadt Strafantrag wegen Hausfriedensbruch stellen. Das werde „Folgen“ haben, warnte Brois-

tedt. „Wer die Umsetzung demokratischer Entscheidungen der politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Stadt durch Hausbesetzungen verhindern will, hat ein befremdliches Demokratieverständnis und ist auf dem Irrweg“, erklärte Broistedt.

Bereits am Morgen hatten sich rund 30 Sympathisanten – teilweise entschlossen, sich der Besetzung anzuschließen – vor der JVA versammelt, während die Besetzer weiterhin in der JVA ausharrten. Sie seien bereit, die Besetzung bis zu einer möglichen Räumung fortzuführen, erläutert ein junger Mann aus der Gruppe, der sich Tim nennt. Man habe sich zu dem Schritt in Solidarität mit dem Sozialen Zentrum entschieden. „Ein Soziales Zentrum ist das, was sich die Leute hier im Viertel wünschen“, sagt er und gibt an, dass sich aktuell „mehrere Dutzend“ Menschen im Haus befänden. Viele von ihnen hatten sich am Morgen im Innenhof eingerichtet.

Die Hoffnung der Besetzer, so Tim, sei, dass die Politik erneut auf das Thema aufmerksam wird. „Vielleicht merkt die Stadtverwaltung so, dass viele Menschen im Viertel gegen die aktuellen Pläne für das Gebäude sind.“

Denkmalgeschützt und im Eigentum der Stadt Göttingen

Die ehemalige JVA befindet sich seit 2008 im Besitz der Stadt und steht noch länger leer und ungenutzt. Bemühungen, das Gebäude neu zu nutzen, verliefen bisher ohne Ergebnis. In der jüngsten Vergangenheit gab es zwei mögliche Interessenten für die Nachnutzung des Hauses: die Initiative für ein Soziales Zentrum als Mieterin und die Trafo Hub GmbH aus Braunschweig als Käuferin. Die Initiative „Soziales Zentrum“ hatte ein Konzept unter anderem für ein solidarisches Gesundheitszentrum vorgelegt. Die Braunschweiger wollen „leben, wohnen und arbeiten“ dort unter einem Dach vereinen. So soll es Wohnfläche, Co-Working-Büros, Platz für Startups, eine „gemeinsame Arbeits- und Projektfläche“ und Gastronomie geben. Der Verwaltungsausschuss des Rates hatte im Juli über die weitere Zukunft der JVA entschieden: Die Stadtverwaltung soll mit der Trafo Hub GmbH aus Braunschweig weiterhin über einen Verkauf des städtischen Gebäudes und die Trafo-Hub-Pläne für die JVA verhandeln – und zwar ausschließlich mit ihr. Daran hatte es massive Kritik gegeben. Zuvor hatte der Bauausschuss des Rates mehrheitlich gegen so ein Vorgehen gestimmt.

Broistedt erklärte sich bei dem Vor-Ort-Termin bereit zu Gesprächen mit Vertretern der Initiative Soziales Zentrum. Sie bot ihnen die Unterstützung der Stadt bei der Umsetzung ihres Konzeptes an. Broistedt verwies zudem auf den politischen Beschluss zur Zukunft des Gebäudes. Die Vertreter warfen der Verwaltung wiederum vor, sich mit dem vorgelegten Konzept nicht ernsthaft auseinandergesetzt zu haben. Eine Sprecherin forderte, die Initiative als gleichberechtigten Verhandlungspartner zu sehen. Sie verwies auf eine Petition für das Soziale Zentrum, die inzwischen mehr als 2500 Menschen unterzeichnet haben.

„Communique“ zur Besetzung

In einem bereits am Montag auf der Plattform Indymedia veröffentlichten „Communique“ betont die Besetzergruppe, dass die Besetzung im Zusammenhang mit dem „linken Kampf gegen Gentrifizierung“ zu sehen sei. Der geplante Verkauf der JVA an Trafo Hub sei eine „weitere Eskalation der Verdrängung von prekär-gestellten Menschen aus ihrem eigenen, von ihnen geprägten Kiez“. Ein weiterer Höhepunkt der Gentrifizierung im Sinne der kapitalistischen „deutschen Leitkultur“, heißt es darin.

„Wir wehren uns gegen den Ausverkauf der Stadt und fordern, dass die Räume der JVA saniert und der Initiative Soziales Zentrum übergeben werden“, ergänzt Ebba Grimme, eine Sprecherin der Besetzerinnen. Ihren Anspruch sieht die Gruppe darin, „eine Brücke zwischen den Leuten im Kiez und der linken Szene Göttingens zu schlagen“.

Die Besetzergruppe weiß: „Eine Räumung zu verhindern ist nicht realistisch.“ Dadurch könne man sich aber als Linke „dem Staat und dem Kapitalismus in den Weg stellen“, der Kampf werde sichtbar, heißt es weiter. „Bei einer Räumung wird alles gefragt sein, und es sollte auch alles legitim sein,“ sei es Lautstärke, Sitz- oder Kletterblockaden, Unterstützung von verhafteten oder „andere Formen des Widerstands“.

Die CDU und FDP in Göttingen haben die Besetzung scharf verurteilt und Konsequenzen für die Besetzer gefordert. Die Stadt als Hausherrin müsse „umgehend“ alle juristischen Maßnahmen einleiten, forderte CDU-Vorsitzende Carina Hermann. „Wichtig ist nun

schnelles und konsequentes Handeln.“

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Thorben Siepman sagte, es dürfe keine Toleranz vonseiten der Stadt Göttingen gegenüber einzelnen Störern geben, die sich über das Recht hinwegsetzten. Er forderte strafrechtliche Konsequenzen für die Besetzer. „Oberbürgermeisterin Petra Broistedt ist jetzt gefordert, alle notwendigen Schritte zu ergreifen, um diesen rechtswidrigen Zustand zu beenden und damit ein Zeichen für wirtschaftliche Perspektiven in Göttingen zu setzen“, sagte der FDP-Stadtverbandsvorsitzende Patrick Thegelder.

Die Besetzung sei Ausdruck „einer kleinen, linksextremen Gruppe, die keinerlei Verständnis von demokratischen Prozessen und Verfahren“ habe, sagte Hermann und verwies auf den politischen Beschluss zur JVA. Der Rat sei „jederzeit bereit“, dem Sozialen Zentrum Alternativen zu schaffen. „Ob diese Bereitschaft nach gestern Abend noch besteht, bezweifle ich stark“, sagte Hermann. Mit der Besetzung sei dem Zentrum ein „Bärendienst“ erwiesen worden.

Am Montagnachmittag hatten das Gesundheitskollektiv Göttingen, die Falken und das Forum Waageplatz-Viertel als Mitglieder der Initiative Soziales Zentrum ihre Pläne für ein Soziales Zentrum in dem ehemaligen Gefängnis bei einem Info-Tag vorgestellt. Im Sozialen Zentrum sollen das gemeinschaftliche Miteinander gefördert und Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen und genutzt werden, so die Vorstellung der Initiative. Blutdruckmessen, Sozialberatung, Tipps zur Gesundheitsprävention, Vermittlungsangebote – das Gesundheitskollektiv machte deutlich, wie breit ein solidarisches Gesundheitszentrum als Teil des Sozialen Zentrums aufgestellt sein könnte.

„Wir erfahren in den vergangenen Monaten unglaublich großes Interesse von im Gesundheitsbereich tätigen Göttingerinnen und Göttingern“, erklärte Stefanie Schiemann vom Gesundheitskollektiv Göttingen. Der Bedarf mit niedrigschwelligen und vernetzten Angeboten, gut erreichbar in der Innenstadt, an einem Ort mit weiteren Initiativen und sozialen Akteuren, sei offensichtlich.

Die Initiative fühlt sich bestärkt, an ihrem Konzept festzuhalten. Die Verhandlung zwischen Trafo Hub und der Stadt Göttingen

stunden erst am Anfang der Vorgespräche, sagte Marcus Beyer von der Initiative Soziales Zentrum. Ein Scheitern sei nicht unwahrscheinlich. „Wir stehen zur Verfügung, um nächste Schritte bei der Umsetzung unseres Konzepts in der ehemaligen JVA auch parallel zu den Verkaufsverhandlungen zu gehen“, so Beyer.

Vor knapp sieben Jahren, im November 2015, hatte in dem Viertel das Gebäude an der Oberen-Masch-Straße mit der Hausnummer 10 für Schlagzeilen gesorgt: Das ehemalige Gewerkschaftshaus gegenüber der ehemaligen JVA, das sechs Jahre lang leer gestanden hatte, wurde von Flüchtlingsunterstützern besetzt, unter anderem, um Wohnraum zu schaffen. Seither ist die Immobilie als „OM10“ bekannt – und seit 2017 im Besitz der ehemaligen Besetzer.

Petra Broistedt ist jetzt gefordert, alle notwendigen Schritte zu ergreifen, um diesen rechtswidrigen Zustand zu beenden und damit ein Zeichen für wirtschaftliche Perspektiven in Göttingen zu setzen.